

Protokoll der Fachausschusssitzung „Soziales, Kinder, Jugend, SeniorInnen, Gesundheit, geförderte Beschäftigung und Migration“ vom 29.10.2025 des Stadtteilbeirates Walle

Soziales Nr.: XIV/04/25

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Anwesende:

Beiratsmitglieder	Sachkundige Bürger*innen	Vertreter § 23.5 OBG
Udo Brzenza Sonja Kapp Katharina Schmiss Claudia Vormann	Martin Karlson Dr. Dominik Martin Santner Prof. Dr. M.-A. Heidelmann i.V.	Dominik Schmitz

Entschuldigt:

Florian Schachtsiek
Lina Exnowski

Gäste:

Robert Klosa / Martinsclub Bremen e.V.: Regionalleitung Walle

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls: XIV/04/25 vom 27.08.2025

TOP 3: Aktivitäten in der Villa Walle

TOP 4: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

TOP 5: Bericht aus dem Controlling-Ausschuss

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls: XIV/04/25 vom 27.08.2025

Es ergeht ein Hinweis auf Korrektur der Nummerierung der Tagesordnungspunkte. Mit dieser vereinbarten Änderung wird das Protokoll einstimmig genehmigt.

TOP 3: Aktivitäten in der Villa Walle

Robert Klosa hat die Position der Regionalleitung für Walle und stellt die Arbeit des Martinsclub Bremen e.V. im Stadtteil und konkret in der Villa Walle im Zuge einer kurzen Führung vor. Folgende zentrale Punkte werden besprochen:

- Der Martinsclub e.V. ist ein in Bremen und Syke aktiver Träger der Behindertenhilfe. Er arbeitet auf die Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung hin und bietet Hilfsangebote in den Bereichen Wohnen, Schule, Pflege, Freizeitgestaltung und Arbeit an.
- In der Karl-Peters-Straße haben 12 Mitarbeiter:innen Büroplätze und übernehmen vor allem Koordination von anderen Mitarbeiter:innen des Martinsclubs, z.B. für Assistenzkräfte für Schulbegleitungen. Zudem betreibt der Martinsclub in Walle die

Gastronomie „Tante Martin“ an der Waller Mitte sowie eine Demenz-WG im Blauhaus in der Überseestadt.

- In der Villa Walle sind Räumlichkeiten für die Durchführung von begleitetem Umgang von Eltern mit ihren Kindern vorhanden. In Fällen, in denen Elternteile nur mit Begleitung in Kontakt mit dem Kind treten dürfen, können die Familienteile unter Begleitung und Aufsicht von geschultem Personal aufeinandertreffen.
- Am 15.11.2025 findet eine inklusive Disco unter dem Motto „Martin tanzt“ in der Gastronomie „Tante Martin“ statt.
- Finanzierung: Der Martinsclub wird aus dem Sozialressort und dem Bildungsressort finanziert. Alle aktiven Mitarbeiter:innen werden aus städtischer Finanzierung heraus bezahlt. Dazu werden Fördermittel wie von der Aktion Mensch zum barrierefreien Bauen beantragt und Spenden eingeworben.
- Es besteht bereits eine Kooperation mit der Internationalen Hochschule, um Fachkräfte zu gewinnen. In diesem Zuge werden Hospitationen von dual Studierenden durchgeführt. Aus dem FA wird die thematische Begleitung von Abschlussarbeiten von Studierenden als Bereicherung angeregt.

Der FA dankt für die Führung und die hervorragende Arbeit des Martinsclubs im Stadtteil.

TOP 4: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Rückmeldungen der Senatorin für Gesundheit und der Senatorin für Soziales auf Anträge zur finanziellen Absicherung von Trägereinrichtungen aus dem Sozialbereich wegen Mittelengpässen im Bereich Arbeitsgelegenheiten (AGH) und Europäischer Sozialfonds (ESF)

1. Beschluss zu Sofortrettung des Projekts „Arbeit im Fokus“ zugunsten der Trägereinrichtung Initiative zur Sozialen Rehabilitation e.V. vom 04.06.2025: Laut Rückmeldung der Sozialbehörde vom 28.10.2025 ist dem Träger eine Projektverlängerung für „Arbeit im Fokus“ bis 31.12.2025 beschieden worden.
2. Haushaltsantrag zugunsten des Projekts „Arbeit im Fokus“ der Trägereinrichtung Initiative zur Sozialen Rehabilitation e.V. vom 04.06.2025: Der Haushaltsantrag wird von der Gesundheitsdeputation mit Beschluss vom 30.09.2025 und von der Sozialdeputation mit Beschluss vom 06.10.2025 abgelehnt.
3. Beschluss zu „Sofortrettung der AGAB und der Tagesstätte West vonnöten!“ zugunsten der Trägereinrichtung Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger e.V. vom 04.06.2025: Laut Rückmeldung der Sozialbehörde vom 17.07.2025 ist dem Träger eine Projektverlängerung für „Arbeit im Fokus“ bis 31.12.2025 beschieden worden.
4. Haushaltsantrag zugunsten der Beratungsstelle West der Trägereinrichtung Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger e.V. vom 04.06.2025: Der Haushaltsantrag wird von der Sozialdeputation mit Beschluss vom 06.10.2025 abgelehnt.

Ergebnis: Im Zuge einer Senatsvorlage vom 28.10.2025 wurde eine Verpflichtungsermächtigung zur Fortführung der Landes-ESF-Projekte im Jahr 2026 und somit die Verlängerung und finanzielle Absicherung von im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderter und bewährter arbeitsmarktpolitische beschlossen. Bis zum 31.12.2026 ist sowohl die AGAB mit der Tagesstätte West als auch die IZSR mit dem Projekt „Arbeit“ im Fokus finanziell gesichert.

Rückmeldungen auf Haushaltsantrag des Waller Stadtteilbeirats: „Fortbestand der ‚Blauen Manege‘ sichern und die ‚Blaue Karawane e. V.‘ auch in Zukunft fördern!“ vom 13.02.2025 – bekräftigt durch Beschluss des FA Überseestadt vom 19.06.2025

- Der Haushaltsantrag wird gemäß dem Beschluss der Sozialdeputation vom 06.10.2025 abgelehnt.
- Der Haushaltsantrag wird gemäß dem Beschluss der Gesundheitsdeputation vom 30.09.2025 abgelehnt.

Ergebnis: Für das BlauHaus in der Überseestadt besteht ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 90.000€. Dabei handelt es sich um die Mietkosten. Der FA äußert sein Bedauern darüber, da das BlauHaus eine wichtige Einrichtung für den sozialen Zusammenhalt in der Überseestadt darstellt.

Rückmeldung des Gesundheitsressorts auf das Auskunftsersuchen zum aktuellen Sachstand und Problemen der Umsetzung der Reform der psychiatrischen Versorgung in Bremen hin zu einer ambulanteren Versorgung

In seiner Antwort bewertet die Gesundheitsbehörde anhand der Aufzählung verschiedener Aktivitäten wie Modellprojekte und ambulante Versorgungsmöglichkeiten die Psychiatriereform als weitestgehend umgesetzt.

Ergebnis: Der FA bittet das Ortsamt, anhand von konkreten Nachfragen beim Gesundheitsressort nachzufassen: Was bedeutet „weitestgehend umgesetzt“ für das Gesundheitsressort? Gibt es zukünftige Planungen und wie sehen diese aus? Wie viele ambulante Angebote wurden bereits geschaffen und sollen zusätzlich geschaffen werden? Wie werden die ambulanten Angebote genutzt? Besteht eine hohe Nachfrage für ambulante Angebote und kann diese volumnäßig bedient werden?

Zudem bittet der FA das Ortsamt, eine(n) Vertreter:in des Gemeindepsychiatrischen Verbundes West einzuladen, um eine weitere Perspektive auf die Psychiatriereform einzuholen.

Aussprache zur Informationsveranstaltung zur Änderung der Beiratsbeteiligung bei der Vergabe der Mittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) für Beiräte Gröpelingen und Walle am 17.09.2025

Im Zuge dieser Veranstaltung haben Vertreter:innen der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zur geplanten Änderung des Beiräteortsgesetzes referiert. Genauer ging es um die Form der Beiratsbeteiligung bei der Planung und Vergabe der OKJA-Mittel (Anlage 1). Das bisher vorhandene Vetorecht für Beiräte ist in dieser Form nicht mehr praktikabel, da damit die Auszahlung der Mittel in der Vergangenheit nicht störungsfrei durchgeführt werden konnte und in Zukunft nicht gewährleistet werden kann. Wegen der daraus resultierende Planungsunsicherheit für Trägereinrichtungen und das Amt für soziale Dienste sieht das Sozialressort einen Änderungsbedarf. Die Mittelvergabe, die Kompetenzen des Beirates dabei und die Zusammensetzung von Sozialzentren, über deren Definitionsbereich die OKJA-Mittel verteilt werden, sollen verändert werden. Stellungnahmen des Beirates sollen demnach erst im darauffolgenden Jahr in den Arbeitsablauf einbezogen werden. Die Beteiligung des Beirates in den Controllingausschüssen (CA) soll zukünftig über einen in fünf Phasen ablaufenden Planungszirkel geregelt werden.

- Aus dem FA wird die Sorge formuliert, dass aus einem starken Beteiligungsrecht für den Beirat eine Scheinbeteiligung gemacht wird und damit geringere Eingriffsrechte für den Beirat bestehen. Der Fortbestand des CA ist nicht sicher.
- Zudem sieht der FA eine Umstrukturierung und entsprechender Zusammenlegung der beiden Stadtteile Walle und Gröpelingen unter das Dach desselben Sozialzentrums kritisch. So ist zu vermuten, dass für Gröpelingen als Stadtteil mit schlechterem Sozialindex verhältnismäßig mehr Mittel aus demselben Budget zur Verfügung gestellt werden als für Walle.

Im Zuge der Diskussionsveranstaltung hat das Sozialressort einige kritische Punkte notiert und eine Nachbearbeitung angekündigt. Sobald dieser Arbeitsschritt vollendet ist, kommt das Sozialressort erneut auf die Beiräte zu.

TOP 5: Bericht aus dem Controlling-Ausschuss

Folgende zentrale Punkte wurden besprochen:

- Einige Trägereinrichtungen sind besorgt, da aktuell Qualitätsstandards für Einrichtungen und Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden.

Fraglich ist, ob Einrichtungen, die den Standard nicht erfüllen können, schließen müssen. Befürchtet wird, dass so in der Gesamtheit weniger Projekte finanziert werden. Dies gefährdet vor allem kleinere Trägereinrichtungen und begünstigt große Einrichtungen wie Jugendfreizeitheime.

- Aktuell wird ein neues Stadtteilkonzept für Walle erarbeitet. Schwerpunkte werden die Arbeit mit Cliques und Mädchen, Internet- und Medienkompetenz sein. Tendenziell steigt die Anzahl der Nutzer:innen von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit an. Einrichtungen wie das Jugend- und Beratungszentrum in der Waller Heerstraße, das Kinder- und Jugendhaus in der Ratzeburger Straße und das Freizeitheim am Haferkamp sind stark ausgelastet und melden einen steigenden Bedarf.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Verabschiedung eines Beiratsmitglieds

Das Beiratsmitglied Katharina Schmiss von der Fraktion der CDU legt ihr Beiratsmandat nieder. Es ergeht eine herzliche Verabschiedung aus dem FA. Das Ortsamt regelt die Nachbesetzung über die Landeswahlleitung.

Beschwerde über Bänke am Wartburgplatz

Von der KITA am Wartburgplatz und Anwohner:innen liegen Beschwerden über Nutzungen der Bänke am Wartburgplatz vor, die nächtliche Ruhestörung und in die Wohnräume ziehenden Rauch einschließen. Das Ortsamt weist darauf hin, dass nächtliche Ruhestörung eine Ordnungswidrigkeit darstellt und in der Zuständigkeit der Polizei liegt. Die KITA steht bereits in Kontakt mit dem Ordnungsamt. Der FA nimmt die Beschwerde zur Kenntnis.

Vorsitz/Protokoll:

Fachausschuss-Sprecherin:

-L. Czyborr-

- C. Vormann